

## **Eine Mauer für den SED-Staat. Berlin 1961 und die Folgen. Bericht zur Jahrestagung 2010 in Berlin, 14.+15. März 2011, Rotes Rathaus Berlin**

**Andreas M. Vollmer, München**

Gut ein halbes Jahrhundert nach dem Bau der Berliner Mauer veranstaltete die Gesellschaft für Deutschlandforschung (GfD) ihre 33. Jahrestagung Mitte März in der Bundeshauptstadt. Der GfD-Vorsitzende *Tilman Mayer* (Bonn) begrüßte Wissenschaftler und Zeitzeugen: 1961 war das Jahr der Blamage für die DDR und den Weltkommunismus. Der 13. August, die Abriegelung West-Berlins, hätte dem Linksextremismus endgültig den Boden entziehen müssen. Aber es dauerte noch Jahrzehnte, bis 1989 der Staatssozialismus kollabierte und auch im Westen diskreditiert war. Dank gebühre den Referenten für ihr Engagement und der Bundeszentrale für Politische Bildung für die Förderung. Der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Uwe Lehmann-Brauns, erinnerte an Bürgermeister Ernst Reuter, der zu Beginn der 1950-er Jahre die billige Konsumgüterversorgung im Osten von Teilen der Westberliner Bevölkerung kommentierte: „Frau Schimpf und Herr Schande.“ Die Ostberliner reagierten auf die Mauer mit Wut und Resignation. Ein Prozess wechselseitiger Entfremdung begann, der sich erst nach 1989 umkehrte.

Den »Mauerbau aus der Sicht sowjetischer Akten« erörterte *Alexei Filitov* (Moskau), Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, als Zeitzeuge. Eine sowjetische Konferenz behandelte vom 3.-5. August 1961 offiziell drei Optionen: Sofortiger Friedensschluss, Grenzschießung, Beibehaltung des Status Quo und verstärkte Wirtschaftshilfe der kommunistischen Staaten für die DDR. In Wirklichkeit ging es um Desinformation. Walter Ulbrichts Notizen belegten, dass die Würfel für die Mauer längst gefallen waren. Zu klären war allein der Termin für die Aktion, mit der (ihm) ein seit langem geforderter Friedensvertrag erzwingbar schien. Tatsächlich fielen die Entscheidungen in Moskau. Nikita Chruschtschow setzte seine Ziele durch, auch wenn es Dissonanzen in der sow-

jetischen Führung und Diplomatie gab. Die Diskussion schlug den Bogen von Fragen eines kontinuierlichen Hinarbeitens auf die Mauer bis zur kommunistischen Propaganda für eine „Freie Stadt Berlin“.

Zur Innenpolitik schwenkte *Gerhard Wettig* (Kommen) mit seinem Vortrag »Die Berlin Krise 1958-1963«. Mit den sowjetischen Offerten von „Friedensvertrag“ und „Freier Stadt Berlin“ sollten die Westalliierten vertrieben werden. Bereits 1958/59 gab es Überlegungen, die Zugangswege zu schließen, aber keine Grenze innerhalb der Stadt zu errichten. Ulbricht wollte auch letzteres und verschleierte dies. Die Tagung des Warschauer Paktes (WP) im März 1961 behandelte erneut den Friedensvertrag, von einer Grenzsperrung war nicht die Rede. Unterdessen schwoll der Flüchtlingsstrom unentwegt an. Ein Hilferuf der DDR-Führung erreichte im Juni den Kreml, das freie Berlin müsse abgeriegelt werden. Mit dem 13. August lief zugleich die Propagandamaschinerie an: Das WP-Kommuniqué sprach vom Wiederabbau nach Abschluss des Friedensvertrages und stellte West-Berlin Grenzpassierscheine in Aussicht. Im Westen gab es kaum Widerstand. US-Präsident John F. Kennedy war gewissermaßen erleichtert, dass die Berlin-Krise auf diese Weise zu Ende ging. Chruschtschows Hoffnung, so den Friedensvertrag zu erzwingen, scheiterte. Seine gewagte Prognose des Falles von West-Berlin an die DDR in den nächsten zehn Jahren verpuffte.

Der Vortrag von *Peter März* (München) über »Die alte Bundesrepublik und die zweite Berlin Krise« ging in die Tiefe. Die ökonomische Erholung Westdeutschlands schritt unaufhaltsam fort, während die Erpressbarkeit und Abhängigkeit wegen der Insellage West-Berlins zu einer Dauerbelastung wurde. Die Außenpolitik stieß an Grenzen. Im Inneren gab es Umbrüche. Die SPD „verbürgerlichte“ mit ihrem Godesberger Programm (1959); sie gewann an Zuspruch, allerdings geschwächt durch Auseinandersetzungen zwischen dem „Bonner“-Zentrum und dem „Berliner“-Zentrum. Letzteres setzte sich mit Willy Brandt

durch, der in der Deutschlandpolitik eine Anlehnung an die Bundesregierung betrieb. Die sowjetische Politik des Druckes und der Ultimaten bewirkte eine Rechtsverlagerung der SPD. Der Sprung in die Bonner Regierungsverantwortung blieb aus, obwohl das Ende der Ära Adenauer bereits am Horizont erschien. Mit der Bundestagswahl vom 17. September 1961 verlor die CDU/CSU die absolute Mehrheit und war auf die FDP angewiesen. Adenauer war nur mehr Kanzler auf Zeit.

*Mario Niemann* (Rostock) erinnerte in seinem Vortrag die »SED-Kaderpolitik nach dem Mauerbau« an kommunistische Maximen: „Kader, die alles entscheiden“ und „Kaderfragen, die immer auch Machtfragen seien“. Das System der Nomenklatura sorgte von 1950 bis 1989 für die gezielte Besetzung von Partei, Staat, Gesellschaft und Gewerkschaft mit zuverlässigen Kadern. Richtlinien vom September 1960 legten die Kaderarbeit nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus fest. Die Dekade der 1950-er Jahre kennzeichnete eine größere personelle Fluktuation, gerade unter den Bezirkssekretären. Politisch und fachlich ausgebildete Sekretäre setzten sich nach 1960 durch, es kam zu weniger „Auswechselungen“. Der Machtantritt Erich Honeckers brachte keinen größeren kaderpolitischen Wechsel mit sich, allerdings wandelte sich das Anforderungsprofil. Der Hochschulabschluss war nun das Eintrittsbillet für Kader auf Bezirksebene. Die Stagnation der letzten 20 DDR-Jahre beschrieb der Grundsatz, „wer einmal etabliert ist, der bleibt“. Eine angemessene Beteiligung von Frauen scheiterte ebenso, wie die Einführung junger Funktionäre in maßgebliche Positionen – trotz einschlägiger Kaderaufzucht.

*Rolf Steininger* (Innsbruck) ging in seinem Vortrag »Die Westmächte und der Mauerbau« bis zur 2. Berlinkrise 1958 zurück. Großbritannien sah drei Optionen: Rückzug aus Berlin, kein Rückzug mit der Gefahr von Krieg und Verhandlungen mit der DDR. Die Entscheidung fiel zugunsten der letzteren, nach der

prognostizierten Unausweichlichkeit einer DDR-Anerkennung. Adenauer rief Frankreich und die USA zu Hilfe. Beide Verbündete lehnten die britischen Vorstellungen ab, notfalls müsse in den Krieg gezogen werden. Das Ultimatum der UdSSR vom 27. Mai 1959 verstrich folgenlos. Die USA wiederum modifizierten ihr Verständnis: von Gesamt-Berlin zu West-Berlin, also kein Erhalt der Freiheiten in der ganzen Stadt. Im Sommer 1961 drehte sich die Frage um die Folgen eines erneuten 17. Juni 1953. Ein US-Memorandum vom 22. Juli 1961 ging bereits von einer Grenzsperrung aus. In der „Oktober-Krise 1961“ befürwortete der ehemalige amerikanische Vier-Sterne-General Lucius D. Clay, der Held der „Berliner Luftbrücke“ von 1948, die Mauer niederzureißen und erntete dafür ein klares Nein aus Washington.

»Der Mauerfall 1989« stand im Fokus von *Hans-Hermann Hertle* (Potsdam). Wie ein Kartenhaus brach die DDR im 28. Jahr der Mauer zusammen. Die in eine friedliche Revolution mündende Krise hatte mehrere Gründe: die Aufhebung der Breschnew-Doktrin, die Erosion der Ideologie, die Ausreisebewegungen, der Verschleiß der Parteiführung, die wirtschaftliche Stagnation sowie die Friedens-, Umwelt- und Bürgerbewegung. Die Medien leisteten ihren Beitrag nicht als Motor, sondern als „Transmissionsriemen“ der Revolution. Anders beim Fall der Mauer, hier waren die westlichen Medien die Triebfeder. Die Pressekonferenz des SED-Funktionärs Günter Schabowski zur neuen Reiseverordnung und Passregelung am 9. November 1989 verlief konfus. Diese und die späteren Berichte bzw. Kommentierungen in den Westmedien lieferten die Fiktion der (bereits) offenen Grenze, die zur nächtlichen Massenmobilisierung an den Berliner Grenzübertretstellen führte. Die Reisefreiheit innerhalb Berlins wurde wahr – den eigentlichen Vorstellungen der SED zum Trotz.

»Die Deutschlandpolitik vom Mauerbau bis Mauerfall« diskutierten drei Referenten. *Karl Feldmeyer* (Berlin) sah Kontinuitäten in der Deutschlandpolitik ge-

genüber der DDR, allerdings auch Bruchstellen. Der Grundlagenvertrag war gewissermaßen ein Deal und für die DDR ein Etappensieg. Die 1970-er Jahre kennzeichnete ein Spagat zwischen Wiedervereinigung und Annäherung. Ein großer Sprung erfolgte ab 1982. Reiseerleichterungen waren mit den beiden Milliardenkrediten der Jahre 1983 und 1984 „erkauft“. Er endete damit, dass die Bundesregierung bis zum 22. November 1989 „sprachlos“ war. *Gunter Holzweißig* (Bonn) ließ die deutschlandpolitischen Vorstellungen der SED Revue passieren. Weder der Konföderationsvorschlag des Jahres 1956, noch die 1966 propagierte diplomatische Anerkennung der DDR (als Vorstufe zur Wiedervereinigung) fand im Westen die nötige Zustimmung. Den Zehn-Punkte-Plan Helmut Kohls vom 28. November 1989 griff der SED-Ministerpräsident Hans Modrow auf, ohne Kapital daraus schlagen zu können. *Andreas Apelt* (Berlin) sah auf das Verhältnis der ostdeutschen Bevölkerung zur Wiedervereinigung. Das Nationalbewusstsein war stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, die Massendemonstrationen zeigten dies ab Anfang Dezember 1989. Das Motto der Wiedervereinigung trat immer stärker hervor. Anders als in den 1980-er Jahren begeisterte ein „deutscher Sonderweg“ nicht mehr viele. 1989/90 spaltete sich die Bürgerbewegung gegen das SED-Regime in Anhänger eines eigenen deutschen Weges und Befürworter der Wiedervereinigung. In der SED wuchs die Einsicht in Unvermeidbares, sie bezog mehrheitlich Position für die Vereinigungsvariante.

»Die wirtschaftlichen Flurschäden des Mauerbaus nach 50 Jahren« betrachtete *Karl-Heinz Paqué* (Magdeburg). Sie wirken bis heute fort. Die industrielle Innovationskraft der DDR-Wirtschaft war durch die Abschottung vom Weltmarkt schwer geschädigt. Das Ende der Freizügigkeit war ökonomisch zwingend. Die „Entlastungssituation“ nutzte die SED unterschiedlich: Von 1961-1971 gab es begrenzte Reformversuche für eine bessere betriebliche Effizienz, für den Ausbau der Investitionen und für innovative Durchbrüche in Schlüsselindustrien.

Von 1971 bis 1982 trat Stagnation ein. Die „konsumtive Re-Orientierung“ setzte auf eine solide wirtschafts- und sozialpolitische „Basisversorgung“ des Volkes. Man lebte von der Substanz, nicht von Innovationen. Nach 1982 hielt das Konsumniveau nur durch massive West-Verschuldung. Sargnagel der Kommandowirtschaft war eine technische Revolution. Mit dem Siegeszug von Computern und anderen Innovationstechniken kam die DDR nicht (mehr) mit. 1989 schließlich war die DDR-Produktpalette nicht mehr attraktiv. *Sascha Möbius* (Magdeburg) thematisierte »Repressive Sicherungsmaßnahmen in der DDR«. Den Unrechtsstaat kennzeichnete bereits die Devise „grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden“. Das Modell von Macht und Willkür wahrte nicht einmal die Fassade rechtsstaatlichen Handelns. Die vermeintlich „Grüne Grenze“ war im Herbst 1946 von 2.543 Grenzern gesichert. Der Schusswaffengebrauch war Alltag, der illegale Grenzübertritt mit bis zu drei Jahren Haft bedroht. Vom Mai 1952 bis zum Mauerbau kam es zu Zwangsumsiedelungen im Grenzgebiet. Nach dem 13. August 1961 wurde die Grenzsicherung perfektioniert. Ab 1971 kamen Minen und Selbstschussanlagen hinzu, die 1984 wieder abgebaut wurden. In der politischen Straftatenstatistik stieg die Zahl der „Grenzverletzer“ kontinuierlich an. Mit Vorwürfen der „Spionage“, der „Boykotthetze“ und später der „staatsfeindlichen Hetze“ betrieb das SED-System ebenfalls politische Justiz. Selbst die Betätigung für die in der DDR illegale KPD/ML führte, wie ein Fall aus Magdeburg zeigte, zu Haftstrafen von acht Jahren. Mit der Mauer wandelte sich die Repression. Bis 1963 gab es Direktiven für die Justiz, danach agierte der Staat mit seinen Organen subtiler. Untersuchungs- und Strafhaft – nun als „Ultima Ratio“ – ergänzten geheimdienstliche Zersetzungsmaßnahmen von missliebigen (oppositionellen) Personen sowie Drohungen mit Inhaftierung. Keiner wusste, was in der Haft passiert und welche Folgen auf Angehörige zukämen. Der Terror war nicht berechenbar, wie gerade Untersuchungen über Traumatisierungen und Haftfolgeschäden belegen.

Der Frage »Mauerbau und Universitäten« widmete sich *Anita Krätzner* (Rostock). Die Kappung wissenschaftlicher Kontakte ging nicht reibungslos über die Bühne, das Programm der „Störfreimachung“ trat auf den Plan: die Reduktion der Abhängigkeit vom Westen, keine Kongressreisen in den Westen und die Überwindung kritischer Diskussionen. Markig verkündete die FDJ, „mit Provokateuren wird nicht diskutiert, sie werden erst verdroschen und dann den staatlichen Organen übergeben“. Die Staatsjugend organisierte ein „freiwilliges“ Bekenntnis zu einer Wehrpflicht der DDR, das die Universitäten verhalten aufnahmen und schleppend umgesetzten. Gerade theologische Fakultäten, Mediziner und Physiker opponierten. Studenten, die das Pamphlet nicht unterschrieben, wurden zwangsexmatrikuliert. Es kam zu groben Fälschungen der Selbstverpflichtungsquote, so an der Universität Jena mit 100 Prozent. Die unvollständigen Statistiken zeigen immerhin die Dimension. In Leipzig wurden 88 Studenten ausgeschlossen, 72 verhaftet. Viele Verpflichtungen waren Lippenbekenntnisse und nicht der Überzeugungsarbeit der FDJ geschuldet.

Bewegt und mit Statistiken belegt, sprach *Helmut Jenkis* (Garbsen) über den »Freikauf von DDR-Häftlingen. Der deutsch-deutsche Menschenhandel«. Die 1963 als „Sondergeschäft“ getätigten Freikäufe politischer Gefangener, regelmäßig nach Verbüßung eines Drittels der Haftstrafe, umfassten 1963 acht Personen. Hierfür zahlte die Bundesregierung rund 340.000 DM, über die Kirchen als Akteure. Bis 1989 stieg die „Handelsquote“ rapide an. Im Laufe der Zahlungskrise der DDR wuchs die Zahl im Jahr 1985 auf das Rekordniveau von 2.669 Haftentlassenen. 1989 waren es immerhin noch 1.840. Im Zeitraum von 1963 bis 1989 kamen 31.775 Personen im „Gegenwert“ von rund 3,4 Milliarden DM frei. Dabei wurden stets Waren geliefert, die die DDR dann auf internationalen Märkten gegen harte Währungen veräußerte. Diese so genannten „B-Geschäfte“ wurden DDR-seitig jenseits der Planvorgaben abgewickelt, wie 1976 der Import von 20 Volvos (Typ 264 GL). Die Finanzierung erfolgte „durch

Sondergeschäfte“. Ohne Skrupel sanierte die DDR über den Häftlingsverkauf ihre maroden Kassen und zögerte so ihren Staatsbankrott hinaus.

*Manfred Wilke* (Berlin) schlug den Bogen in die Gegenwart mit dem Thema »Gedenkstättenkonzept«. Viel Mauer sehe man heute in Berlin nicht mehr, zu lange währte die Phase des „Mauervergessens“ (1990-2005). Die Erinnerungsarbeit ist umstritten. Die Partei DIE LINKE, als Nachfolgerin der SED, in landespolitischer Regierungsverantwortung angekommen, ist geneigt ihre historische Verantwortung unter den Teppich zu kehren. Um das Berliner „Gedenkstättenkonzept“ musste gerungen werden. Eine Inszenierung am ehemaligen Checkpoint Charlie, 144 Meter rekonstruierte Mauer mit 1.065 Holzkreuzen, brachte die Wende. Zwar verurteilte der rot-rote Senat diese, doch sorgte daraufhin ein Bundestagsbeschluss zum Ausbau der Gedenkstätte „Bornholmer Straße“ für Bewegung: ein Konzept sollte bis August 2005 vorliegen. Berlin erhielt neue Fördermittel. Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes (2008) wies dieser Gedenkstätte eine nationale Bedeutung zu und war so eine Prämisse für die Entstehung der Landesstiftung „Berliner Mauer“, die in der Bornholmer Straße auf ihren Endausbau wartet.

Tilman Mayer dankte namens der GfD den Referenten und Teilnehmern. Die Lebendigkeit der Tagung bliebe, auch wegen guter Diskussionen, in Erinnerung. Unbekannte Aspekte und Einzelphänomene reicherten interessante Themen an. Die nächste Jahrestagung (Arbeitstitel: „Modell Deutschland“) ist für den 12./13. März 2012 in Berlin geplant. Die GfD möchte weiter über Probleme Deutschlands diskutieren und Lösungswege erörtern. Neue Mitglieder sind herzlich willkommen.

Andreas Michael Vollmer ist Dipl.-Pol., Dipl.-Verwaltungswirt (FH), Bayerisches Staatsministerium des Innern, München.